



Foto: Alexander Egger.

Der Frauenstreik war grossartig - jetzt wird der VPOD konkret

Das Momentum nutzen

Und jetzt: Wie weiter? Es gilt, den Schwung des Frauenstreiks zu nutzen und konkrete Gleichstellungsmassnahmen jetzt umzusetzen. Der VPOD hat Schwerpunkte in seinen Kernbranchen gesetzt.

Berauschend, friedlich, beglückend, solidarisch, kämpferisch, sonnig, anregend, berührend, lustvoll, vielfältig, bunt, respektvoll, ermutigend, historisch, kraftvoll, überwältigend, rührend, bewegend und verwegen - so war der Frauenstreik 2019. Und so wird er in Erinnerung bleiben. Eine halbe Million Frauen und Männer, die für mehr Gleichstellung auf die Strasse gehen! Jetzt kann wirklich niemand mehr übersehen, dass sich etwas tun muss in der Schweiz. Die Menschen auf der Strasse sind schon viel weiter als Politik und Arbeitswelt. Sie wollen sich nicht länger mit Arbeits- und Lebensbedingungen aus dem vergangenen Jahrhundert zufriedengeben. Und jetzt: Wie geht es weiter nach diesem einmaligen Erlebnis, das uns allen noch lange im Gedächtnis bleiben wird? Was bleibt? Und was kommt erst? In den nächsten Wochen und Monaten wird es darum gehen, konkrete Massnahmen zur Gleichstellung umzusetzen, sowohl auf politischer und als auch auf gewerkschaftlicher Ebene. Im Herbst finden an vielen Orten Lohnverhandlungen statt - die Löhne der Frauen müssen rauf. In den Lohnsystemen des öffentlichen Dienstes heisst das, auf die tiefen Lohnklassen zu fokussieren, in denen gewöhnlich mehr Frauen arbeiten. Davon profitieren selbstverständlich auch die Männer, die in diesen Bereichen arbeiten.

Klare Fälle

An anderen Orten geht es um Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden. In einigen VPOD-Branchen haben wir Schwerpunkte gesetzt. Die Pflegefachfrauen in den Spitälern verlangen, dass ihre Umkleidezeit endlich als Arbeitszeit angerechnet wird, wie es im Arbeitsgesetz steht.

An Kindergartenlehrpersonen werden heute gleiche Ausbildungsanforderungen gestellt wie an Primarlehrkräfte. Trotzdem sind sie in vielen Kantonen schlechter eingestuft als letztere. Oder sie bekommen nur ein Teilpensum bezahlt, weil sie angeblich in den Pausen und Einlaufzeiten nicht arbeiten. Selbstverständlich müssen sie aber in diesen Zeiten anwesend sein und die Kinder beaufsichtigen - ein klarer Fall von Lohndiskriminierung!

Für den Kita-Bereich braucht es endlich einen Gesamtarbeitsvertrag zur Wahrung von Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen. Die Kantone und Gemeinden als Geldgeber müssen hier klare Forderungen an die Betreiber stellen. Auch in der schulergänzenden Betreuung besteht Verbesserungsbedarf bei den Anstellungsbedingungen. Unabhängig von einzelnen Berufsgruppen ist es nötig, auch im öffentlichen Bereich die Löhne regelmässig zu überprüfen. Insbesondere bei öffentlich subventionierten Betrieben sind Lohnkontrollen unverzichtbar. In Kantonen und Gemeinden mit einem transparenten Lohnsystem sind Kontrollen zwar ebenfalls wichtig, allerdings nicht unbedingt mit dem verbreiteten Instrument Logib. Je nachdem ist hier die Erhebung von Kennzahlen (Verteilung auf die Lohnklassen, Beförderungen und Bewertungen) aussagekräftiger.

Dinge, die nottun

Familie und Beruf dürfen keine Alternative mehr darstellen. Damit die Lebensbereiche endlich stressfrei unter einen Hut gehen, braucht es Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen. Solche Fortschritte müssen Thema in GAV-Verhandlungen und Gesprächen mit den öffentlichen Arbeitgebern sein:

- Es braucht planbare Arbeitszeiten mit verlässlichen Zeiten und fixen Freitagen, auch bei Teilzeit- und Schichtarbeit.

- Es braucht bezahlte Freitage für die Pflege von kranken Kindern oder Angehörigen (mindestens 3 pro Fall) und die Möglichkeit, die Arbeitszeit vorübergehend zu reduzieren, mit einer Rückkehrgarantie auf das ursprüngliche Pensum.

- Es braucht ergänzend zum Mutterschaftsurlaub 8 Wochen Vaterschaftsurlaub.

Schön war's am Frauenstreik. Und noch schöner, wenn der Druck in Erfolge umgemünzt wird.

Auch die Politik ist gefragt;

- Es braucht ergänzend zum Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub 24 Wochen Elternzeit, hälftig geteilt.

- Es braucht mehr bezahlbare gute Betreuungsplätze für Kinder und Pflegebedürftige. Die familienergänzende Kinderbetreuung muss öffentlich finanziert und mit Investitionen von mindestens 1 Prozent des BIP für die vorschulische und 1 Prozent für die schulergänzende Betreuung alimentiert werden.

- Die Pflege von betagten und hilfsbedürftigen Menschen muss öffentlich finanziert werden. Es braucht sicher 2 Prozent des BIP für ambulante und stationäre Einrichtungen in der Langzeitpflege.

In diesen Fragen muss es jetzt vorwärtsgehen. Der VPOD wird sich in Verhandlungen dafür stark machen. Er kann das umso erfolgreicher tun, je mehr die Betroffenen Druck aufbauen. Daher werden auch die Mobilisierungen weitergehen, zum Beispiel am 8. März 2020, dem internationalen Frauentag.

Christine Flitner.

VPOD-Magazin, 1.9.2019.

Personen > Flitner Christine. Gleichstellung. VPOD-Magazin, 2019-09-01